

«Dieser Unterschied muss weg»

FDP-Vizepräsident Ruedi Noser plädiert für Kehrtwende: Keine Steuerprivilegien mehr für Ausländer

Die FDP will Steuerprivilegien für Ausländer in der Schweiz abschaffen. Holding- und Pauschalbesteuerungen müssten weg, sagt Vizepräsident Noser.

VON OTHMAR VON MATT

Herr Noser, wie schlimm ist der Bundesrats-Entscheid für die Schweiz?
Ruedi Noser: Wir betreiben zu stark Bauchnabelanalyse. Wer die Finanzplätze global betrachtet, stellt fest: In England und in den USA sind praktisch alle Grossbanken verstaatlicht. Und die USA wollen zudem viele Steuerprivilegien für ihre Wirtschaft aufheben.

Was konkret?

Die Steuerprivilegien der Private-Equity- und Hedge-Fonds sollen fallen. Die Schweiz hingegen musste nur einer einzigen Bank unter die Arme greifen, alle anderen Banken hielten sich marktwirtschaftlich. Machen wir jetzt unsere Hausaufgaben, dann gehen wir als Gewinner aus der Krise hervor.

Weshalb?

Die Steuern der G-20-Staaten werden tendenziell steigen. Schulden von heute sind Steuern von morgen. Die Schweiz aber hat das Potenzial, die Steuern zu halten oder gar zu senken. Das sind hervorragende Rahmenbedingungen.

Die Befürchtung ist aber gross, dass Gelder abfliessen.

Für den Finanzplatz wird der Entscheid keine grossen Auswirkungen haben. Als Italien eine Steueramnestie durchführte, flossen zwar Mittel aus der Schweiz ab, viele blieben aber – vermutlich aus Sicherheitsüberlegungen.

Wäre alles so harmlos, weshalb wehrte sich dann die Schweiz so lange?

Weltweit haben viele Finanzplätze ihre Privilegien aufgegeben, das hat die Situation verändert. Die Schweiz kann nun imagemässig sogar gewinnen. Auch der Werkplatz kann profitieren. US-Firmen können ihre Gewinne im Ausland jetzt nicht mehr tiefer versteuern als im Inland. Die USA heben so ihre versteckte Exportförderung auf. Die Schweiz wird zu den Gewinnern gehören und muss sich nun klug verhalten, um nicht früher oder später wieder unter Druck zu geraten.

Was muss sie tun?

Die Hausaufgaben für die Zukunft lösen. Es ist schlicht unhaltbar, dass ausländische Holdings in der Schweiz anders besteuert werden als inländische. Dieser Unterschied muss weg. Alle Steuerprivi-



legien sind nicht haltbar, die Ausländer besserstellen als Schweizer.

Wie sollen sie verschwinden?

Wir sollten inländische Holdings ebenso attraktiv besteuern wie ausländische. Wir müssen aufhören mit unserer Rosinenpicker-Schlaumeier-Strategie, sondern sagen: Die Schweiz ist transparent. Und weil sie sparsam mit ihrem Geld umgeht, hat sie auch tiefe Steuern.

Sie wollen auch Pauschalbesteuerungen für Ausländer abschaffen?

Als Schweizer empfinde ich die Pauschalbesteuerung als ungerecht.

Sie muss nicht nur in Zürich fallen?

In der Waadt würde das die richtige Diskussion auslösen. Jeder dritte Pauschalbesteuerte wohnt dort. Ohne sie wird offensichtlich: Der Kanton ist absolut nicht konkurrenzfähig. Er müsste Steuer- und Ausgabenstrategie überdenken.

Sind weitere Schritte nötig?

Ja. Wir müssen die Rahmenbedingungen langfristig so gestalten, dass sowohl Finanz- wie Werkplatz konkurrenzfähig sind. Das bedeutet tiefe Steuern für alle, die in der Schweiz leben – unabhängig davon, ob sie Schweizer oder Ausländer sind. Das ist etwas vom Wichtigsten.

Dann können wir auch Forderungen an andere Staaten stellen.

Welche?

Dass das Trust-Recht Englands ebenfalls unter den OECD-Standard fällt und auch England die Pauschalbesteuerung für Ausländer abschaffen muss. Es braucht in der Schweiz eine Kehrtwende. Wir müssen wirklich aufpassen, wie wir uns künftig der Welt gegenüber positionieren. Einzelne Kantone dürfen nicht dem ganzen Land mit «cleveren» fiskalischen Schachzügen internationale Probleme beschern.

Sie plädieren für eine Offensive?

Für eine überlegte Offensivstrategie. Das Geniale am Entscheid des Gesamtbundesrates ist: Wir haben garantiert vier bis acht Jahre Zeit. Diese müssen wir nutzen und nicht einfach aussitzen. Die FDP wird zur Stärkung des Finanz- und Werkplatzes Vorstösse einreichen.

Der Bundesrat steht in der Kritik.

Was muss besser werden?

Der Bundesrat ist für Krisensituationen nicht sehr geschickt organisiert. Er sollte sich weniger der operativen Departementsführung widmen, sondern verstärkt der Landesführung. Es fehlen operative Leiter für die Departemente. Und es braucht CEOs, welche die strategische Ausrichtung bestimmen.

SVP-Unternehmer Peter Spuhler kritisierte Kaspar Villigers Wahl zum UBS-Verwaltungsratspräsidenten.

Oswald Grübel ist ein exzellenter Bankier mit exzellenter Reputation. Er braucht aber jemanden an seiner Seite, der die politischen Abläufe kennt, gut kommuniziert. Das ist Kaspar Villiger. Bilden die beiden ein gutes Team, werden sie zum Winning-Team für die UBS.

Also ist Spuhlers Kritik falsch?

Peter Spuhler sass bei Sonnenschein im UBS-Verwaltungsrat. Als es schwierig wurde, musste man ihn hinauswerfen – und die FDP war wieder gefordert. Entweder kassierte Herr Spuhler in jener Zeit einfach Geld. Oder er versuchte, etwas zu beeinflussen, konnte sich aber nicht durchsetzen – und hatte den Mut zum Rücktritt nicht. Das ist das Problem von Peter Spuhler. Bis jetzt hat ihm das niemand klipp und klar gesagt. Offenbar war ihm das Geld wichtiger als seine persönliche Verantwortung.

www.sonnitagonline.ch
DISKUTIEREN SIE MIT